

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Jürgen Clemens

Kritik an offizieller Katastrophenhilfe

Im Süden Sri Lankas haben Anfang Februar Hunderte Überlebende des Tsunami gegen die unzulängliche Katastrophenhilfe der Regierung protestiert. Die Regierung hatte zuvor zugeben müssen, dass nur rund 30 Prozent der Bedürftigen die zugesagten Hilfen erhalten hatten. Die Demonstranten protestierten vor allem gegen korrupte Beamte. Drei Beamte in Matara und Galle wurden entlassen, unter anderem wegen des Vorwurfs, Hilfslieferungen an Freunde umgeleitet zu haben. Gegen weitere zehn Beamte wurden in Galle Untersuchungen eingeleitet. In die öffentliche Kritik reihte sich auch der Leiter der Tsunami-Einsatzgruppe der Präsidentin, Tilak Ranavirajah, ein. Laut Presseberichten kritisierte er, dass die Beamten es nicht vermocht hätten, dem Land und den Betroffenen zu dienen.

Wegen der Tsunami-Trauer wurden die offiziell Feiern zum Unabhängigkeitstag eingeschränkt - in Colombo nahm Präsidentin Kumaratunge eine Militärparade ab und leitete eine zweiminütige Gedenkzeit.

Koalitionskrise

Ende Februar kündigte die achtköpfige Fraktion des *Ceylon Workers Congress* (CWC) der Regierungskoalition die Unterstützung. Somit verbleiben der Regierung nur noch 111 von 225 Parlamentssitzen. Nach Einschätzung von politischen Beobachtern ist ein Sturz der Regierung jedoch unwahrscheinlich, da diese schon mit einer Minderheit regierte bevor sich der CWC im September 2004 der Koalition angeschlossen hatte. Als wichtiger gilt vielmehr der Verbleib der *Marxist People's Liberation Front* mit 39 Sitzen, um den die Regierungspartei von Präsidentin Kumaratunge sich nun zu kümmern habe.

Kriegsgefahr – Srilankischer Soldat in Jaffna erschossen

Am Jahrestag des Beginns des Waffenstillstandes – 23.2.2002 – wurde im Jaffna Distrikt ein Regierungssoldat von Frauenkadern der LTTE erschossen. SLMM-Beobachter haben die Untersuchungen aufgenommen. Ihnen lagen zunächst zwei Versionen zum Hergang vor. Nach Regierungsmeldungen ging ein Armeetrupp nach einer Patrouille einem verdächtigen Geräusch nach und wurde dann beschossen. Auf der LTTE-nahen Website „tamilnet“ wurde entgegen ersten Zurückhaltungen der LTTE bestätigt, dass die Soldaten von Frauenkadern be-

schossen wurden. Demnach kamen die Soldaten in einer so genannten *no-go-Zone* bis auf 40 Meter an eine LTTE-Stellung heran. Nach dem Waffenstillstandsabkommen dürfen sich beide Seiten aber in der 600-Meter-Zone gegnerischen Stellungen nicht mehr als 50 Meter nähern; Armeesprecher dementierten die „Grenzübertretung“. Der ex-Premierminister Ranil Wickremasinghe, der den Waffenstillstand mit ausgehandelt hatte, appellierte an beide Seiten die Verhandlungen fortzusetzen, da das Land sich keinen weiteren Krieg leisten könne.

Regierung leitet Hilfsleistungen um

Ende Februar begann die Regierung, Hilfslieferungen etwa an Milchpulver, Dosenkonserven oder Trinkwasserflaschen nicht nur in die Katastrophenregion zu transportieren. Zusätzlich würden laut der für die Nothilfe zuständigen Sozialministerin, Sumedha Jayasena, auch Alten-, Kinder- und Behindertenheime in anderen Landesteilen mit beliefert. Dies

bedeute aber nicht, dass die von der Flutwelle Betroffenen nicht weiter versorgt würden. Weiterhin seien rund 94.000 Menschen in Lagern und mehr als 400.000 bei Freunden und Verwandten untergebracht. Dringender als Lebensmittel sei nun aber der Wiederaufbau von Unterkünften.

Unzufriedenheit über Umsiedlungspläne

Muslimische Fischergemeinden nahe Hambantota im Süden Sri Lankas wehren sich gegen Umsiedlungspläne für ihre vom Tsunami zerstörte Siedlung. Diese lag in unmittelbarer Strandnähe. Sie kritisieren die mangelhafte Information sowie die Behinderung ihres traditionellen Lebensunterhaltes als Küstenfischer. Die Pläne sehen rund vier Kilometer von der

Küste entfernte Neubauten vor. Da einige Fischergemeinden und –familien mehr Hilfe erhielten als andere befürchteten Beobachter, dass die Regierung bewusst einzelne Gruppen gegeneinander ausspielen. Demgegenüber betonte der Staatssekretär für Plantagen und Industrie den Vorsorgecharakter der geplanten Umsiedlung zum Wohl der Bewohner.

... Im Überblick

Tsunami „Baby 81“ nach Gentest an leibliche Eltern zurückgegeben

Internationale Schlagzeilen waren lange bestimmt von der Bestimmung der leiblichen Eltern eines vier Monate alten männlichen Säuglings. Er war nach dem Tsunami ohne Begleitung mit der Registriernummer 81 in der Klinik des Ortes Kalmunai im Osten des Landes aufgenommen worden. Nachdem zwischenzeitlich neun Paare die Elternschaft beteuert und die Herausgabe des Jungen gefordert hatten, kam das Baby in Polizeigewahrsam. Erst ein Gentest konnte Mitte Februar die Aussagen der leiblichen Eltern bestätigen und sie erhielten das Baby schließlich zurück.

Streit um Vorwurf der Rekrutierung von Kindersoldaten

UNO-Generalsekretär Kofi Annan fordert eindrücklich Reisesanktionen und weitere Strafen für LTTE-Kader, sowie für 40 weitere Guerilla-Gruppen weltweit, solange nicht die Rekrutierung von Kindersoldaten gestoppt werde. Dieser Aufruf droht jedoch das Verhältnis zwischen LTTE und UNO-Einrichtungen zu zerrütten, da die LTTE die Rekrutierung von Kindersoldaten dementiert. Vielmehr meldeten sich die Minderjährigen freiwillig. Kofi Annan ließ diese Dementis klar zurückweisen.

Sicherheitsabstand beim Wiederaufbau

In Zukunft dürfen so genannte Gästehäuser nur mindestens 200 Meter vom Strand entfernt gebaut werden, so Sprecher des Ceylonesischen Fremdenverkehrsamt. Da zuvor viele dieser für Touristen attraktiven Häuser unmittelbar an den Stränden gebaut wurden, soll dieser Sicherheitsabstand in Zukunft „sehr streng“ kontrolliert werden. Nach Presseberichten haben Hotels diesen Abstand schon immer eingehalten.

Kriegsgefahr – Anschläge LTTE-Anführer erschossen

Der tödliche Anschlag auf den politischen Führer der Befreiungstiger (LTTE) in Batticaloa und Ampara, E. Kaushaliyan, sowie fünf seiner Begleiter hat Anfang Februar die Furcht vor neuen Kämpfen im Norden und Nordosten aufkommen lassen. Kaushaliyan gilt als das ranghöchste Opfer der LTTE seit dem Waffenstillstand vom Februar 2002. Die Gruppe geriet auf dem Weg nach Batticaloa fünf bis sechs Kilometer vom nächsten Armeeposten in einen Hinterhalt. Laut Polizei wurde der Anschlag planvoll vorbereitet und durchgeführt, sie machte aber bis Mitte Februar noch keine Verdachtsmomente publik. Für Regierungsvertreter stand jedoch fest, dass die Tat auf LTTE-Splittergruppen zurückzuführen sei. Demgegenüber machten LTTE-Kreise paramilitärische Verbände dafür

verantwortlich. Für die *Sri Lanka Monitoring Mission* (SLMM) gilt dieser Anschlag als der härteste Rückfall seit der Aufnahme der Friedensverhandlungen.

Ende Februar wurde im südöstlichen Distrikt Ampara eine weitere LTTE-Führerin mit zwei Begleiterinnen von unidentifizierten Personen angeschossen. Die drei Frauen wurden mit schweren Verletzungen in ein örtliches Krankenhaus eingeliefert. Nach LTTE-Einschätzung ist die Armee für diesen Anschlag, der nach Presseberichten in unmittelbarer Nähe eines Armeekontrollpostens geschah, verantwortlich. Die Armee wiederum dementierte dies.

Der Anschlag geschah zur selben Zeit, zu der der britische Kronprinz Charles die Tsunami-Regionen im Osten der Insel besuchte.

Deutsche Minister auf Sri Lanka

Anfang Januar besuchte Außenminister Joschka Fischer die vom Tsunami heimgesuchten Regionen. In Colombo traf Fischer seinen Kollegen Lakshmar Kadirgamar, der Deutschland für die „wahrhaft erstaunliche“ Hilfe dankte. Fischer sagte wiederum umfassende Hilfe beim Wiederaufbau zu und betonte, dass diese Hilfsleistungen allen Betroffenen zuteil kommen müssen, um ihnen neue Lebensperspektiven zu eröffnen. Dies verband er mit der Hoffnung, dass die Katastrophenbewältigung auch eine politische Chance für Sri Lanka böte. Zum Abschluss der Reise traf der Außenminister in Colombo Vertreter der in Sri Lanka tätigen Hilfswerke und nahm an einer Trauerfeier für deutsche Todesopfer teil.

Mitte Februar reiste Heidemarie Wieczorek-Zeul, Ministerin für Wirt-

schaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, nach Sri Lanka. „Wir planen alle unsere Maßnahmen des Wiederaufbaus so, dass keine Bevölkerungsgruppe benachteiligt wird“ so die Ministerin, vielmehr sei der „Wiederaufbau als Möglichkeit für einen Neuanfang im Friedensprozess zu nutzen.“ Neben Treffen mit Hilfsorganisationen stand auch der Besuch eines Partnerschaftsprojektes ihres Heimatwahlkreises auf dem Programm. Schwerpunkte der deutschen Hilfe sind laut BMZ die Verbesserung der Trinkwasserversorgung, die Errichtung von Notunterkünften, die Betreuung traumatisierter Flutopfer und die Bereitstellung von Booten und Netzen für Fischer. Zudem sollen auch psychosoziale Beratung und friedliche Konfliktbearbeitung unterstützt sowie kommunale Strukturen gestärkt werden.